

Liberalisierung im Bildungswesen: Mittel zur notwendigen Innovation

Autor(en): **Zwygart, Alfred**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Die Privatschule = L'école privée = La scuola privata**

Band (Jahr): - **(1995)**

Heft 4

PDF erstellt am: **20.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

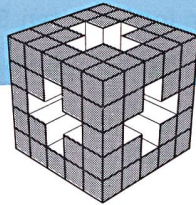
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Pestalozzianum Zürich
Bibliothek/Medien

DIE PRIVATSCHULE L'ÉCOLE PRIVÉE LA SCUOLA PRIVATA



Dezember 1995 Nr. 4

Editorial

Liberalisierung im Bildungswesen: Mittel zur notwendigen Innovation

Wenige Monate ist es her, da waren die Begriffe «Revitalisierung der Wirtschaft» und «Liberalisierung im Bildungswesen» in (fast) aller Politiker Mund und standen in fast aller Leute Zeitung. Und wo stehen die Begriffe – oder besser die Taten – heute, in den Wochen, wo in Bund und Kantonen schwierigste Budgetdebatten anstehen?

Wegweisende, langfristig angesetzte Veränderungen staatlichen Handelns können selbstverständlich nicht allein auf die gegenwärtige Finanzlage der öffentlichen Hand und damit auf kurzfristig wirksame Budgetentscheidungen abgestützt werden. Dies gilt insbesondere im Bildungsbereich, wo die Auswirkungen politischer Entscheide nur langfristig sichtbar werden und wo Traditionen, auch staatsmonopolistische Tendenzen, äusserst langlebig sind. Und doch: Nach den seit langem immer wieder postulierten Bildungsreformen zum Zweck der Anpassung an stark veränderte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen sowie zum Zweck der finanzpolitisch wirksamen Effizienzsteigerung geben Budgetanpassungen für das kommende Jahr mehr als nur Hinweise ab über die künftige Ausgabenpolitik der Kantone im Bildungs- und Erziehungswesen. Budgetrelevante Anpassungen weisen aller-

dings selten in Richtung auf neue Akzente für ein modernes und finanzierbares Bildungssystem. Zu oft werden bestehende Verhältnisse einfach auf einem tieferen finanziellen Niveau fortgeschrieben.

Ein tragfähiges Bildungswesen, kann es den rasanten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen gerecht werden, braucht mehr: Nämlich neue, leistungsfähige und kompetente Anbieter auf dem sich ebenso rasant verändernden Bildungsmarkt. Gefragt sind Anbieter, die ihre Bildungsangebote rasch, preiswert, möglichst individualisiert – denken wir dazu nur an die dringend notwendige Requalifizierung von Zehntausenden von Arbeitnehmern – und mit hohen Erfolgsaussichten offerieren können. Gefragt sind auch Anbieter, die auf spezielle Bedürfnisse von definierten Zielgruppen antworten können auf spezielle Familiensituationen, auf Sicherheitsbedürfnisse, auf spezifische Berufsziele. Vielfach werden diese Anbieter private Schulunternehmen sein.

Diese Anforderungen gelten grundsätzlich auch für staatliche Leistungserbringer in allen Bildungsbereichen, besonders auch für die fast vollständig vom Staat bestimmte Berufsausbildung, deren duales Sy-

stem aus vielen Gründen bedroht ist. Dabei haben staatliche Anbieter u.a. den Nachteil, dass ihre Entscheidungswege für neue Produkte und Dienstleistungen bedeutend länger sind als in privaten Institutionen. Die Entwicklung ihrer Angebote wird oft durch politische Auflagen vorbestimmt und ist erst in zweiter Linie nach dem Markt orientiert. Diese Nachteile machen staatliche Anbieter dann durch einseitige Wettbewerbsvorteile wett. Solche Wettbewerbsverzerrungen erfolgen mittels Subventionen in der Höhe von dreistelligen Millionenbeträgen auch auf Gebieten, wo private Anbieter längst den Nachweis für qualitativ hochstehende und finanziell günstige Angebote erbracht haben. Die FDP des Kantons Zürich fordert darum den berechtigten Abbau von Vorschriften, die der privaten Wirtschaft Steine in den Weg legen. «Besonders zu beachten ist die Privatisierung staatlicher Aufgaben mit dem Ziel, weitere Steuererhöhungen zu verhindern und Spielraum für private Institutionen zu schaffen.» Diese Forderung umfasst auch das Erbringen von Leistungen im Bildungswesen, wo die unbestrittene Verantwortung des Staates für ein hochstehendes Bildungswesen nicht mehr mit staatlichen Monopolansprüchen bei der Erbringung der Leistung gleichgesetzt werden darf.

In diesem Spielraum für private Institutionen liegt ein Hauptschlüssel zur Modernisierung des Bildungsangebotes ohne zusätzliche Kosten und Steuerlasten. Vermehrte, ja konsequente Berücksichtigung der Privatinitiative im Bildungswesen schliesst – wie bereits mannigfaltige Beispiele in vielen Kantonen belegen – die Kooperation zwischen staatlichen und privaten Institutionen keineswegs aus. Im Gegenteil: Neben der Tatsache, dass dadurch kaum mehr finanzierbare Wettbewerbsverzerrungen mittels staatlicher Subventionen abgebaut werden, können – der Dringlichkeit angemessen – erforderliche Innovationen im Bildungsangebot schneller und kostengünstiger realisiert werden. Dabei kommen dem

Staat wichtige Aufgaben wie Aufsicht oder Festlegung von Bildungszielen und Prüfungsanforderungen zu. Aber es gilt, den Weg zu diesen vorgelegten Bildungszielen zu deregulieren, wenn eine höhere Effizienz erzielt werden soll. Neu zu regeln ist auch in einem weiteren Schritt die gezielte Finanzierung der Bildungsnachfrager (z.B. mittels Darlehen) anstelle der grosszügigen Subventionierung von Institutionen, die sonst ohne konsequente Berücksichtigung des wirtschaftlichen Prinzips operieren können.

Einem solchen Bildungssystem, das die Privatinstitutionen mitberücksichtigt, erwachsen echte Chancen: Es entstehen marktgerechte, flexible sowie – gefördert durch den Wettbewerb – qualitativ gesicherte und für Staat und Nachfrager finanziell tragbare Angebote, die der individuellen Bildungsnachfrage bestmöglich Rechnung tragen.



Alfred Zwygart

Inhalt/Sommaire

Editorial

Liberalisierung im Bildungswesen: Mittel zur notwendigen Innovation
Que reste-t-il?

Forum

Bilingual Schools in Europe
Ecole active Malagnou

5

Info

Eidgenössische Berufsmaturitätsprüfungen
Weiterbildungsangebote für Praktiker von Praktikern

10

Korrespondenz/Correspondance

15

Pressespiegel/A travers la presse

17